



Stadland, 28. Februar 2023

Antrag : Definition von geeigneten Flächen/ Standorten für Photovoltaik-Anlagen in der Gemeinde Stadland.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stindt,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

Bereits in vergangenen Sitzungen des Umweltausschusses und des Infrastrukturausschusses ist es zwischen den Ratsmitgliedern/ Gruppen des Rates zu intensiven Diskussionen über die Eignung/ Nichteignung von Flächen zur Erstellung von Photovoltaikanlagen gekommen.

Um diese Diskussionen in der Zukunft besser kanalisieren zu können und auch für eventuelle Vorhabensträger eine Grenze zu definieren, beantragt die WPS / FDP – Gruppe, dass der Rat sich in einem ersten Schritt über Kriterien für die Eignung von Vorhaben Gedanken macht und klare Faktoren definiert, die für oder gegen eine Fläche in Bezug auf die Erstellung von entsprechenden Anlagen oder Parks sprechen.

Ein ähnliches Vorgehen gab es ja auch für die Windkraftanlagen in Form der Potentialstudie.

Ziel ist sowohl für die Verwaltung als auch für die möglichen Vorhabensträger klare Möglichkeiten, aber auch Grenzen zu definieren.

Zur Definition können u.a. die Arbeitshilfe des Niedersächsischen Landkreistages und des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes in Kooperation mit dem Niedersächsischen Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (oberste Landesplanungsbehörde) sowie dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz :

„Planung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Niedersachsen“ genutzt und dem Rat in geeigneter Form vorgestellt werden.

In einem weiteren Schritt sollten auch die Bürger vor der endgültigen Beschlussfassung über die Kriterien einbezogen werden, um hier frühzeitig mehr Akzeptanz für die zukünftigen Maßnahmen von Photovoltaik zu erreichen.

Am Ende können dann definierte Flächen in der Gemeinde Stadland stehen, die aus Sicht des Rates der Gemeinde Stadland für die Erstellung von Photovoltaikanlagen geeignet sind und durch entsprechende Vorhabensträger dann projiziert werden können.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob externe Stellen bei der Definition der Kriterien vorrangig unentgeltlich unterstützen können. Ist eine entgeltliche Unterstützung notwendig, so wird um Ermittlung der notwendigen HHM gebeten.

Michael Sanders
Gruppensprecher WPS/FDP-Gruppe